UNIVERSITY OF CALIFORNIA
AT LOS ANGELES
JUN 11 1936
LIBRARY

Mittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Donnerstag, 14. Mai	Nr. 629

Göring an die Deutsche Zeppelin-Reederei.

Berlin, 14. Mai. Aus Anlaß der Rückkehr des Luftschiffes „Hindenburg" hat der Reichsminister der Luftfahrt an die Deutsche Zeppelin-Reederei folgendes Begrüßungstelegramm gesandt:

„Zur Ueberquerung des Nordatlantiks mit Luftschiff „Hindenburg" spreche ich der Führung und der Schiffsbesatzung meine vollste Anerkennung und meinen aufrichtigen Dank aus, den ich auch der Luftschiffahrt Zeppelin G. m. b. H. und ihrer Werksbelegschaft zu übermitteln bitte.

„Wögen die deutschen Luftschiffe auch fernerhin als Künder deutschen Friedenswillens und deutscher Tatkraft unter dem Hakenkreuzbanner glücklich fahren. Das ist mein aufrichtiger und herzlicher Wunsch.

Heil Hitler!

gez. Hermann Göring,
Reichsminister der Luftfahrt."

Der Reichsbauernrat in Würzburg.

Würzburg, 13. Mai. In Verbindung mit der am Sonntag beginnenden Reichsnährstandsschau in Frankfurt a. M. besuchte der Reichsbauernrat unter Führung des Reichsbauernführers Darré die historischen Stätten des Bauernkrieges-von 1525.

Die Fahrt des Reichsbauernrates begann in Würzburg, wo am Mittwoch nachmittag auf dem Marienberg nach einem Vortrag von Dr. von Foers über die Geschichte des Bauernkrieges Reichsbauernführer Darré die Mitglieder des deutschen Reichsbauernrates begrüßte, unter denen sich auch der Reichsführer SS Himmler befand. Der Reichsbauernführer verglich den damaligen Kampf mit der Gegenwart und schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß das Bauerntum des Dritten Reiches seinen Kampf gewonnen habe, weil es dem Führer gelungen sei, das früher in eine Vielheit von Bauernorganisationen zerspltterte Bauerntum zu einer geschlossenen, einsatzbereiten Einheit zusammenzufassen. Der Bauernkrieg sei aus dem Grunde verloren worden, weil damals keine einige Führung des Bauerntums bestanden habe.

Anschließend fand eine Besichtigung der Feste Marienberg statt. Der Abend sah den Reichsbauernrat im Rathaus in Würzburg, wo Gauleiter Dr. Hellmuth das Wort ergriff, um seiner Freude Ausdruck zu geben, in diesem historischen Bauerntraditionsgau Mainfranken den Reichsbauernrat begrüßen zu können.

Flottenbesuch in Swinemünde am 5., 6. und 7. Juni.

Swinemünde, 13. Mai. Swinemünde wird am 5., 6. und 7. Juni wieder im Zeichen eines großen Flottenbesuches stehen. Ein bedeutender Teil der Seestreitkräfte wird an diesen drei Tagen Swinemünde anlaufen. Ueber 50 Fahrzeuge der Seestreitkräfte werden an diesem Besuch teilnehmen.

Polens Generalinspekteur im Kriege Oberbefehlshaber.

Warschau, 13. Mai. Durch Erlaß des Staatspräsidenten ist unmittelbar nach dem ersten Jahrestag des Todes des Marschalls Pilsudski eine Neuregelung der höchsten militärischen Befehlsstellen erfolgt. Die Verordnung ist vom Staatspräsidenten auf Grund der im vorigen Jahre in Kraft getretenen neuen Verfassung erlassen worden und grenzt die Aemter des Generalinspekteurs der Armee und des Kriegsministers genau ab.

Wie von maßgeblicher Seite betont wird, verwirklicht die neue Verordnung die Absichten des Marschalls Pilsudski. Seine Ansichten über die Abgrenzung der obersten Befehlsgewalt hat der Marschall 1926 in einem Vortrage und in Verteidigungsfragen ausgearbeitet. Sie waren aber damals wegen der entgegenstehenden Bestimmungen der Verfassung nicht zu verwirklichen. In der Praxis ergaben sich trotzdem keine Schwierigkeiten, da Pilsudski die Aemter des Generalinspekteurs und des Kriegsministers innehatte.

Das Wesentliche der neuen Verordnung ist, daß der Generalinspekteur der Armee der für den Kriegsfall in Aussicht genommene Oberbefehlshaber der Wehrmacht ist. Ihm obliegt daher die Ausbildung des Heeres für den Kriegsfall und die Oberleitung bei allen mit einem solchen Falle zusammenhängenden Maßnahmen. Der Kriegsminister dagegen hat in Friedenszeiten in Uebereinstimmung mit dem Generalinspekteur die Führung der Armee, er leitet die militärische Verwaltung und vertritt die Belange der Armee in der Regierung. Der Kriegsminister ist als Mitglied des Kabinetts dem Staatsoberhaupt und dem Parlament verantwortlich und müßte bei einem Kabinettswechsel gleichfalls zurücktreten. Dagegen ist der Generalinspekteur vom Schicksal des Kabinetts vollständig unabhängig und einzig und allein dem Staatspräsidenten verantwortlich.

Im einzelnen besagt die Verordnung, daß der Staatspräsident im Frieden den Oberbefehl über die Wehrmacht durch den Generalinspekteur und den Kriegsminister ausübt. Die grundsätzlichen Rechte und Pflichten der Soldaten und die Art der Wehrpflicht ebenso wie die disziplinarischen Bestimmungen und die Bestimmungen über die befestigten Gebiete, Kriegsbäfen usw. werden durch Erlaße des Staatspräsidenten geregelt, die der Kriegsminister gegengezeichnet. Personalveränderungen in den höheren Stellen nimmt der Staatspräsident auf Antrag des Kriegsministers und mit Zustimmung des Generalinspekteurs vor. Letzterem unterstehen als Generalinspekteur der Armee, die Armee-Inspekteuren sowie der Generalstab.

Auch die Zusammensetzung des bisherigen Komitees der Landesverteidigung, das jetzt die Bezeichnung Komitee zur Verteidigung der Republik" erhält, wird neu geregelt. Den Vorsitz führt der Staatspräsident. Sein Vertreter ist der Generalinspekteur, nicht mehr wie bisher der Ministerpräsident. Mitglieder des Verteidigungskomitees sind: der Ministerpräsident, der Innenminister, der Außenminister, der Kriegsminister, der Finanzminister und der Handelsminister. Außerdem gehören dem Komitee als nicht stimmberechtigte Mitglieder der Generalstabschef und der Chef der Armeeverwaltung sowie der Vertreter des Generalstabschefs an.

Eine Erklärung des polnischen Vertreters in Genf.

Genf, 13. Mai. Der Vertreter Polens erklärte in der nichtöffentlichen Sitzung des Völkerbundsrates, in der die Verlängerung der Amtszeit des Danziger Völkerbundskommissars beschlossen wurde, er stelle mit Genugtuung fest, daß die im Januar dieses Jahres von polnischen Außenminister ausgesprochene Hoffnung sich erfüllt habe, daß der Senat der Freien Stadt mit gutem Willen an der Regelung der heiklen Fragen mitarbeite. Diese Fragen seien auf dem Wege zu einer Regelung im Rahmen des Statuts der Freien Stadt und unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen der Bevölkerung.

Dreiwöchiger Krankheitsurlaub von Gömbös.

Budapest, 13. Mai. Ministerpräsident Gömbös tritt, wie amtlich mitgeteilt wird, am 14. dieses Monats einen dreiwöchigen Krankheitsurlaub an, der er in einem Sanatorium am Plattensee verbringen wird. In seiner Abwesenheit wird der Ministerpräsident durch den Ackerbauminister von Daranyi, in seiner Eigenschaft als Kriegsminister durch den Innenminister von Kozma vertreten.

Ungarn und das tschechoslowakische Staatsschutzgesetz.

Budapest, 13. Mai. In der Mittwoch-Sitzung des Oberhauses richtete Eugen Szontagh eine Anfrage an den Ministerpräsidenten und den Außenminister über das im tschechoslowakischen Parlament eingebrachte Staatsschutzgesetz.

Szontagh wies darauf hin, daß dieses Gesetz nicht nur die verbrieften Rechte der in der Tschechoslowakei lebenden ungarischen Minderheit, sondern auch die internationalen Bestimmungen verletze und ein Angriff auf alle Grundsätze der Menschenrechte und der Demokratie sei. Durch dieses Gesetz werde die gesamte materielle Existenz der im Grenzgebiet lebenden, eine Million zählenden ungarischen Minderheit der Willkür der tschechischen Verwaltungsbehörden ausgeliefert. Es genüge, daß ein im Grenzgebiet ansässiger Ungar von einem tschechischen Verwaltungsbeamten für unzuverlässig erklärt werde, damit der Staat den ihm seit vielen Jahrzehnten gehörenden Grundbesitz enteignen könne.

Durch das Staatsschutzgesetz würden ungarische Menschen rechtlos und völlig vogelfrei. Wer Rechte hat in der Tschechoslowakei lebenden ungarischen Minderheit seien jedoch keineswegs nur eine innere Angelegenheit der Tschechoslowakei. Das Staatsschutzgesetz sei eine offene Verletzung der in den Friedensverträgen gesicherten Minderheitenrechte. Die ungarische Regierung werde daher den ungarischen außenpolitischen Interessen Geltung verschaffen müssen.

Außenminister von Kanya gab die Erklärung ab, daß diese Frage bereits seit Wochen von der Regierung eingehend geprüft werde. Mit Rücksicht auf die außerordentliche Tragweite dieser Frage werde die Regierung erst nach Abschluß der Prüfungen ihre endgültige Stellungnahme bekannt geben.

Konzentrationslager für Emigranten gefordert.

Prag, 13. Mai. In der Mittwochsitzung des Senats, die der gemeinsamen Beratung des Parteiauflösungs-, des Staatsverteidigungs- und des Spionagegesetzes gewidmet war, erklärte der tschechische Nationalsozialist Klofac, daß das Staatsverteidigungsgesetz nicht ein gegen die nationalen Minderheiten gerichteter Angriff aufzufassen sei. Es bestehe kein Haß gegen die Minderheiten. Klofac lehnte schließlich die Einheitsfront der Kommunisten ab und forderte die Unterbringung der Emigranten in Konzentrationslagern.

Große Militärbestellungen Oesterreichs.

Wien, 13. Mai. Wie die Blätter mitteilen, hat das Ministerium für Landesverteidigung Bestellungen im Werte von zehn Millionen Schilling ausgeschrieben. Zum großen Teil dient dieser Betrag zum Einkauf von Stoffen für die Uniformen der nach dem Bundesdienstpflichtgesetz einzuberufenden Mannschaften. Aber auch für die Bewaffnung sind große Posten vorgesehen. So wurde die Lieferung von 15 000 Gewehren für Maschinengewehre ausgeschrieben.

Der Versicherungsskandal in England.

London, 13. Mai. Die Untersuchung des Versicherungsskandals nahm am Mittwoch nachmittag eine neue Wendung, als der Finanzmann Alfred Bates nach seinen geschäftlichen Beziehungen mit dem Kolonialminister Thomas gefragt wurde. Bates bestritt das Vorhandensein solcher Beziehungen, erklärte aber, daß er Thomas eine Summe von 20 000 Pfund für die Selbstbiographie des Kolonialministers angeboten habe.

Einer der Anwälte verlas hierauf einen Brief des Ministers, in dem Thomas sich mit dem Vorschlag unter der Voraussetzung einverstanden erklärte, daß Bates ihm ein Haus liefere, das Thomas sehr gern haben möchte. Bates erwarb das fragliche Haus zum Preise von 15 000 Pfund, wobei die Selbstbiographie verrechnet wurde.

Bei seiner Vernehmung führte Bates aus, daß Thomas weder bei der Golfpartie um Ostern noch bei irgend einer anderen Gelegenheit Mitteilungen über den Inhalt des Staatshaushaltes gemacht habe.

Einen breiten Raum nahm am Mittwoch die Vernehmung der Sekretärin von Bates ein, die unter ihrem Mädchennamen Scott erwähnt wird. Aus ihren Aussagen geht hervor, daß Bates einen Teil seiner Zahlungen über das Konto seiner Sekretärin laufen ließ, ohne eine Notwendigkeit hierfür zu haben.

Besprechung Léon Blums mit Flandin.

Paris, 13. Mai. Der voraussichtliche künftige Leiter der politischen Geschäfte Frankreichs, Léon Blum, setzt seine Fühlungnahme mit den verschiedensten Persönlichkeiten fort. So hat er am Mittwoch den französischen Botschafter in Ankara, Kammerer, den französischen Oberkommissar in Kleinasien, de Martel, und verschiedene sozialistische Abgeordnete empfangen. Am Nachmittag begab er sich in die Wohnung des zurzeit noch leicht erkrankten französischen Außenministers Flandin, mit dem er eine längere Unterredung gehabt hat.

Geburtenunterschuß in Frankreich.

Paris, 13. Mai. Vom Büro des Ministerpräsidenten wird eine vergleichende Aufstellung der Geburtenziffern für 1935 und 1934 veröffentlicht. Danach ergalten:

	1935	1934
Eheschließungen	284 604	298 192
Lebendgeburten	638 881	677 365
Todesfälle	658 357	634 525
Geburten-Unterschuß bzw. Ueberschuß	— 19 476	+ 42 840

Völkerbundssorgen der Pariser Presse.

Paris, 13. Mai. Im Mittelpunkt der Erörterungen der Pariser Abendpresse steht nach wie vor das Völkerbundsproblem.

Der Außenpolitiker des **Paris Soir** schildert die Stimmung der Staatsmänner in Genf sehr ordnungsvoll; sie warteten nur ab, ob der „Zar" — Italien — nicht doch wiederkommen werde. Der griechische Völkerbundsfachmann Politis habe Paul-Boncour gebeten, er möge im Einvernehmen mit der neuen französischen Regierung noch vor dem 15. Juni einen Entwurf zur Reform des Völkerbundes ausarbeiten. Der Völkerbund müsse auf den europäischen Raum zurückgeschraubt werden. Frankreich falle die Rolle zu, England und Italien wieder einander näherzubringen. Alle Mittelmeerstaaten müßten ein Abkommen abschließen, durch das sie sich verpflichteten, mit Waffengewalt die Mittelmeerstaaten zu verteidigen, die angegriffen werden sollten. Wenn in diesem Zusammenhang die Völkerbundsreform unmöglich sein sollte, müßte man außerhalb Genfs arbeiten.

Der **Temps** nennt die Völkerbundsentschließung über den abessinischen Fall eine Lösung, die nicht etwa nur die Verhandlungen vertage, sondern auch die Beruhigung Italiens aufrechterhalte, also die militärische Entscheidung in Abessinien, die Flucht des Negus und das Verschwinden jeder abessinischen Regierung nicht berücksichtige. Grundsätzlich gibt das Blatt dieser Völkerbundsentschließung recht, verlangt aber eine größere Rücksichtnahme auf die gegebenen Tatsachen und bedauert, daß man nicht früher gegenüber Italien größeres Entgegenkommen und Mäßigung bewiesen habe.

Das **Journal des Débats** befürchtet, daß Frankreich in eine unangenehme Lage gerate, sei es, daß sich England und Italien schließlich einigten, sei es, daß der Streit sich verschärfe.

Noch einmal die italienischen Bedingungen.

Mailand, 14. Mai. Die norditalienische Presse nimmt die Ergebnislosigkeit des Genfer Verfahrens zum Anlaß, um erneut darauf hinzuweisen, daß eine Zusammenarbeit Italiens mit den anderen Mächten zur Voraussetzung habe, daß der Völkerbund die Brandmarkung Italiens als Angreiferstaat fallen lasse und die Sühnemaßnahmen aufgebe.

Corriere della Sera betont, daß Italien nie eine vorgefaßte Feindseligkeit gegen den Völkerbund an den Tag gelegt habe. Die italienische Regierung wollte aus dem Völkerbund nicht austreten, um die internationale Lage nicht noch mehr in Unordnung zu bringen. Italien habe aber erwartet, daß der lächerliche Spruch, wonach Italien zum Angreifer gegenüber Abessinien erklärt worden sei, berichtigt werde. Der Völkerbund habe seine elementarste Aufgabe nicht zustandegebracht. Wenn bei genügend fortschrittlichen Staatsmännern nur ein wenig Aufrichtigkeit und Mut vorhanden wären, dann könnte die selbstmörderische Politik, zu der Eden den Völkerbund zwinge, schnell erkannt und isoliert werden.

In einem Aufsatz über „Grenzen der Geduld" betont die Turiner **Stampa**, nur durch Krieg könnten die Gegner Italien das zu entreißen versuchen, was es durch den Krieg erobert habe. Ein neuer Krieg würde für die Feinde Italiens sicher unangenehme Ueberraschungen bringen. Wenn die europäischen Mächte nicht die Kraft hätten, sich historischen Erkenntnissen zu unterwerfen und zu fordern, daß Italien in den Erörterungen und Entscheidungen auf dem Boden der vollständigen Gleichberechtigung teilnehme, dann umso schlimmer für Europa.

Die **Gazzetta del Popolo** stellt fest, daß der Völkerbund weiter das Mandat Edens bleibe. Niemand wolle noch etwas von Sühnemaßnahmen wissen. Aber ihm gelinge es, mit Schmeicheleien, Versprechungen und Drohungen durchzusetzen, daß diese nicht beseitigt würden. Das Fernbleiben Italiens von Genf bedeute die Feststellung der Unmöglichkeit zur Zusammenarbeit. Die Sowjetunion stiftet zwecklos Verwirrungen falle ausschließlich auf England. Wie aber solle die Zusammenarbeit wieder aufgenommen werden, wenn Frankreich glaube, nichts anderes tun zu können, als der englischen Politik zu folgen. Die Lage müsse eine rasche Klärung erfahren.

Neue Verschärfung der Lage in Jerusalem.

Paris, 13. Mai. Wie Havas aus Jerusalem berichtet, ist die Lage erneut sehr gespannt. In der Altstadt von Jerusalem sollen zwei Juden erschlagen worden sein. Auf Grund der Verschärfung der Lage haben die Behörden den Alarmzustand verhängt, wonach jeder Verkehr nach Sonnenuntergang verboten ist.

Jugendliche fordern Unabhängigkeit für Portorico.

San Juan (Portorico), 13. Mai. Angesichts von Kundgebungen der Studenten für die Unabhängigkeit Portoricos wurde die Nationalgarde mobilisiert. Gleichzeitig wurden sämtliche öffentlichen und privaten Schulen geschlossen, da Schulbeginn angeordnet worden waren.

Die Kundgebungen begannen am Dienstag abend damit, daß auf einem Schulhause eine Nationalflagge gehißt wurde und Steine gegen die Schule geschleudert wurden, wodurch Zerstörungen angerichtet wurden. Nachdem die Polizei die jugendlichen Demonstranten zerstreut hatte, sammelten sich diese vor dem Amtsgebäude des Gouverneurs Winships und brachten Hochrufe auf die Republik aus. Dann zogen sie vor das Wohnhaus des Nationalistenführers Albizu Campos, der angeklagt ist, eine Verschwörung angezettelt zu haben, um den Sturz der amerikanischen Regierung herbeizuführen. Campos teilte den Schülern jedoch sagen, sie möchten nach Hause gehen.

Fortdauer des Generalstreiks in Asuncion.

Asuncion, 14. Mai. Der von einem Teil der Studenten- und Arbeiterschaft unterstützte kommunistische Generalstreik dauert noch an. Zu größeren Ordnungsstörungen ist es bisher nicht gekommen.

Verantwortlich: Kurt Schwerdtkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.